

Vorschläge der Grünen liegen auf dem Tisch

Zum Artikel „Vor dem Ende?“ von Wolfgang Engel vom 31. Juli im Straubinger Tagblatt.

Bei der Großdemonstration der Schausteller am 2. Juli vor dem Brandenburger Tor in Berlin konnte ich als Abgeordneter unserer Region zu den 10000 Demonstranten sprechen und habe ihnen dabei meine Unterstützung versprochen.

Diese Unterstützung besteht darin, Vorschläge zu erarbeiten, wie die staatlichen Unterstützungen ausschauen müssen, damit sie den Betroffenen wirklich zielgenau helfen. Die Grünen-Vorschläge liegen auf dem Tisch, sie wurden bei der Veranstaltung am Mittwoch im Gasthof Reisinger auch gesagt und sie sind längst nicht so spindeldürr, wie es Herr Engels Artikel vermuten lässt:

Beispielsweise schlagen wir vor, die Hilfsprogramme des Bundes und des Freistaats im Bereich der Solo-Selbständigen und Kleinunternehmen als Direkthilfen und nicht als Kredite zu gewähren. Der Umsatz bei eventuell wieder-anlaufenden Geschäften wird nicht so hoch sein, dass zusätzlich zu den laufenden Kosten auch noch neue Kredite bedient werden können.

Oder: Bei den Hilfen für Solo-Selbständige und Kleinstunternehmen muss schnell nachgebessert werden. Wir schlagen für diese Unternehmer als Überbrückungshilfe die Bezahlung des sogenannten fiktiven Unternehmerlohns vor. Dieser Unternehmerlohn greift im Gegensatz zu den bisherigen Hilfen auch bei den Lebenshaltungskosten. Das Land Baden-Württemberg gewährt diese Unterstützung in Höhe von 1180 Euro monatlich.

Tatsächlich hatte vor einem halben Jahr niemand ein Drehbuch für den Verlauf der Pandemie und ihre wirtschaftlichen Auswirkungen. Das muss auch die Opposition bei ihrer Kritik berücksichtigen. Aber im Bezug auf die Schausteller und die Freizeitbranche, aber auch generell in Bezug auf die Beschäftigten in der Kreativwirtschaft, oder die Beschäftigten im Einzelhandel werden die Versäumnisse gerade von Markus Söder und Peter Altmeier immer deutlicher. Beide haben Anfang Juni noch verkündet, die temporäre Senkung der Mehrwertsteuer, die 20 Milliarden Euro kostet, taue als „Herzstück des Rettungsschirms“. Nicht einmal zwei Monate später ist klar, dass das eine eklatante volkswirtschaftliche Fehleinschätzung war. Eine Erkenntnis, die auch die Schausteller am Mittwoch beim Reisinger geteilt haben. Wir werden als Opposition den Druck in Berlin und München weiter erhöhen, damit was passiert. Aber nicht nur die Opposition im Parlament muss lauter werden. Auch die Betroffenen.

MdB Erhard Grundl
Straubing